

EU-Newsletter Nr. 05/2011 vom 28. Juni 2011



Ausschreibung für Übungen zum Katastrophenschutz

Die Generaldirektion Humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz der Europäischen Kommission schreibt Übungen zum Katastrophenschutz aus. Diese können bis zum 25. Juli 2011 eingereicht werden. Das Ziel der Übungen ist es, die Vorbereitung auf Katastrophen zu verbessern. Darunter fallen die verschiedensten Szenarios (zum Beispiel auch Meeresverschmutzung). Die Übung soll eine Übungsumgebung schaffen, die allen im Rahmen des Gemeinschaftsverfahrens teilnehmenden Akteuren des Katastrophenschutzes ermöglicht, eine Lernerfahrung zu erhalten. Dies schließt die Katastrophenschutz-Module, Technische Assistenz und Unterstützungsteams ein und dient dazu, die Prozedur des Gemeinschaftsverfahrens weiter zu verbessern.

Der Leitfaden mit weiteren Details sowie die Antragsformulare können hier heruntergeladen werden: http://ec.europa.eu/echo/civil_protection/civil/prote/call_tender_2011_05.htm



Pilotphase für Europäisches Freiwilligenkorps gestartet

Der Aufbau des Europäischen Freiwilligenkorps für humanitäre Hilfe ist einen großen Schritt vorangekommen. Die Europäische Kommission hat die Empfehlungen der verschiedenen Akteure aufgegriffen und beginnt nun mit der praktischen Umsetzung der Initiative: Die Mitglieder des ersten Teams europäischer Freiwilliger für humanitäre Hilfe werden ausgewählt, ausgebildet und auf ihren Einsatz in Drittländern vorbereitet.

In der Pilotphase wird das erste Team der europäischen Freiwilligen umfassend geschult. Auf diese Weise soll dem Freiwilligenkorps als Ganzes und jedem einzelnen seiner Mitglieder der richtige Mix an Kompetenzen vermittelt werden, der es ihnen gestattet, lokalen Gemeinschaften in humanitären Gefahrensituationen wirksam zu helfen und dabei die Kapazitäten dieser Gemeinschaften zu stärken. Zu einem späteren Zeitpunkt im Laufe des Jahres werden die Freiwilligen im Rahmen von drei Pilotprojekten beginnen, in Drittländern zu arbeiten.

Nähere Informationen:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/745&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>



2. Anhörung zur weiteren EU-Gesetzgebung im Bereich Katastrophenschutz

Nach der ersten Konsultation am 6. April 2011 in Brüssel führte die Kommission nun die zweite Konsultation der Stakeholder aus dem Bereich Katastrophenschutz zur Erneuerung der EU Gesetzgebung im Katastrophenschutz durch. Diese Konsultation ist Teil des „Impact Assessment“, also eine Folgenabschätzung geplanter legislativer Vorhaben. Für den Deutschen Feuerwehrverband nahm Cornelia Andree, Referentin für internationale Beziehungen, an diesem Meinungs-austausch teil.

Die Präsentationen und insbesondere die Auswertungen der Beratungsfirma COWI wurden den Teilnehmern zur Verfügung gestellt und können unter andree@dfv.org angefordert werden. Eine Auswertung der Veranstaltung seitens der Kommission folgt.

Bundesgeschäftsstelle
Reinhardtstraße 25
10117 Berlin
Telefon
(0 30) 28 88 48 8-00
Telefax
(0 30) 28 88 48 8-09
E-Mail
info@dfv.org
Internet
www.dfv.org

Präsident
Hans-Peter Kröger



Wettbewerb Notrufnummer 112

Die Förderung der europaweit einheitlichen Notrufnummer 112 ist das Ziel der Organisation EENA (Europäische Notrufnummer-Organisation). Auch im April 2012 wird es wieder eine Preisverleihung für herausragende Projekte, Organisationen und Personen geben, die sich für die Verbreitung der 112 engagiert haben oder vorbildhaft am Notrufsystem teilgenommen haben.

Die Bewerbungsfrist hierzu läuft bis zum 15. August 2011. Für weitere Fragen steht Jérôme Paris (jp@eena.org) zur Verfügung. Das Anmeldeformular und weitere Informationen sind unter www.eena.org verfügbar.



Mitteilung der EU-Kommission zum freiwilligen Engagement erwartet

Im September 2011 wird die Europäische Kommission voraussichtlich zum ersten Mal eine Mitteilung zur Engagementpolitik und Freiwilligentätigkeit der EU vorlegen. Eine Mitteilung ist zwar eine politische Absichtserklärung ohne rechtsetzende Wirkung, die erwartete Engagement-Mitteilung wird aber als Grundlage einer europäischen Engagementstrategie interpretiert. Sie wird eine Zwischenevaluation des Europäischen Freiwilligenjahres 2011 sowie Vorschläge für eine bessere Abstimmung zwischen den Mitgliedstaaten und der europäischen Ebene bei der Engagementpolitik beinhalten.

Weitere Informationen: <http://www.slideshare.net/EESCsocsection/01-jutta-knig-georgiades>



Berliner Erklärung der Europäischen Bewegung Deutschland

Während der Mitgliederversammlung der EBD am 27. Juni 2011 in Berlin wurde die „Berliner Erklärung der Zivilgesellschaft“ verabschiedet. Dieses Dokument soll vor allem den solidarischen Unterstützungsansatz hervorheben. Während der Versammlung wurde außerdem über die Kernthemen des Netzwerks diskutiert und entschieden. Die Rolle der organisierten Zivilgesellschaft in politischen Krisenzeiten, die Ergebnisse der EBD-Umfrage und die künftigen Arbeitsschwerpunkte des Netzwerkes bildeten die Diskussionsschwerpunkte. Mehr Infos: <http://www.europaeische-bewegung.de>



Überarbeitung der Seveso-Richtlinie

Der Rat hat einen Fortschrittsbericht zur Überarbeitung der sogenannten Seveso-Richtlinie zu Kenntnis genommen, die sich mit der Kontrolle von Gefahren von Unglücken mit gefährlichen Stoffen auseinandersetzt. Während der Diskussion konnte eine große Übereinstimmung innerhalb der Mitgliedsstaaten zu verschiedenen Vorschlägen erzielt werden, so zum Beispiel zu den Pflichten eines Betreibers, zu Notfallplänen oder zum Dominoeffekt.

Einige Aspekte des Entwurfs einer Richtlinie müssen noch weiter diskutiert werden, insbesondere zum Beispiel der Geltungsbereich, Ausnahmen und Inspektionen. Der Entwurf der Seveso III Richtlinie wurde bereits im Dezember 2010 veröffentlicht. http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/envir/122850.pdf



Nuklearunfall in Japan: Konsequenzen für das EU-Katastrophenschutzverfahren

Auf Antrag Belgiens und unter dem Eindruck des Nuklearunfalls in Japan ließ sich der Rat von der Kommission über die aktuelle Lage in Japan unterrichten und erörterte, wie die bestehenden Vorsorge- und Reaktionsmechanismen für nukleare Störfälle – insbesondere im Rahmen des EU-Katastrophenschutzverfahrens – verbessert werden können.

Belgien schlug unter anderem vor,

- die nationalen und internationalen Atombehörden enger in die Arbeit des Beobachtungs- und Informationszentrums (MIC) einzubinden,
- Referenzszenarien für nukleare Störfälle (wie Tschernobyl, Fukushima und andere) und spezifische Gegenmaßnahmen festzulegen bzw. diese weiter zu verbessern,
- auf der Grundlage von umfassenden und hochwertigen Risikobewertungen bestimmten Referenzszenarien Vorrang einzuräumen und zugleich dafür zu sorgen, dass die Verfügbarkeit von wichtigen Ressourcen der Mitgliedstaaten (zum Beispiel Iodtabletten, alternative Kühlsysteme, Dekontaminierungseinheiten, Atom-sachverständige, Roboter usw.) besser einzuschätzen ist, auch etwa durch die Einrichtung eines gemeinsamen Bestands von Ressourcen.

Mehr Infos: www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/jha/122625.pdf



Netzwerk für größere Sicherheit vor CBRN-Gefahren

Der Rat verabschiedete Schlussfolgerungen zur Gründung eines europäischen Netzwerks von spezialisierten Teams zur Prävention von Terrorangriffen mit chemischen, biologischen, radiologischen oder nuklearem Material.

Die Schlussfolgerungen sollen die Mitgliedstaaten ermuntern, ihre Fähigkeiten in der CBRN-Terror Bekämpfung auszubauen, indem zusammen mit der Kommission und Europol Informationen ausgetauscht werden, gemeinsame Übungen stattfinden und über die Entwicklungen auf diesem Gebiet beraten wird.

Siehe auch: www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/jha/122495.pdf



Schlussfolgerungen des Rates zum Hochwasser-Management

In den vom Rat verabschiedeten Schlussfolgerungen sind folgende Aufforderungen enthalten: Verbesserung des Trainings, gemeinsame Herangehensweise von Mitgliedsstaaten und Stakeholdern, Entwicklung innovativer Instrumente, Erfahrungsaustausch von Experten untereinander, Entwicklung von Referenzszenarien. Außerdem soll mehr Aufmerksamkeit auf die entsprechenden EU Projekte gelenkt werden, es gibt Finanzmittel für infrastrukturelle und nicht-strukturelle Maßnahmen.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/jha/121964.pdf

Der Newsletter des Deutschen Feuerwehrverbandes ist ein Informationsangebot an alle Menschen, die sich in der Feuerwehr oder für die Feuerwehr engagieren. Gerne können Sie ihn an Interessierte weiterleiten oder unter www.feuerwehrverband.de/newsletter direkt abonnieren. Abmeldungen sowie Änderungen der Mailadresse können Sie dort ebenfalls direkt vornehmen.

Deutscher Feuerwehrverband
Reinhardtstraße 25
10117 Berlin
Verantwortlich:
Cornelia Andree
(Referentin Internationale Beziehungen)
Telefon (030) 28 88 48 8-24
E-Mail andree@dfv.org